

Aus Stalins Reich

Die Lage der russischen Arbeiter im Spiegel der russischen Presse

Seit der Einführung des Nep-Kapitalismus versucht die KPD, dem deutschen Proletariat den siegreichen Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion tagtäglich zu beweisen. Arbeiterdelegationen und ein Meer von roten Fahnen haben jedoch bisher nicht vermocht, den Widerspruch zwischen den kapitalistischen Interessen Rußlands und denen des kämpfenden Proletariats hinwegzujagen. So schwer es ist, rein mit theoretischen Argumenten die Moskauer Ideologie aus den Hirnen der Arbeiter herauszubrechen, so dankenswert ist das Studium der russischen Presse, aus welcher, wenn auch wider Willen, immer wieder die Richtschnur unserer Auffassung zur russischen Frage bestätigt wird durch die Tatsache, daß der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ wie Rußland eine Unmöglichkeit ist, und nur durch proletarische Revolution dem russischen Proletariat wirkliche Hilfe gebracht werden kann. So lange aber das revolutionäre Proletariat noch zu einem großen Teile den Parolen der 3. Internationale Gefolgschaft bietet, wird das Banner des revolutionären Klassenkampfes tagtäglich in jen reformistischen Sumpf getreten werden.

Die „Krasnaja Gaseta“ vom 17. Februar schildert das Ansehen um Waren vor den Geschäften in Leningrad folgendermaßen:

„Wenn Ihnen auf der Straße eine Frau begegnet, die rot ist, als käme sie aus dem Schwitzbad, deren Augen weit aufgerissen ins Leere stieren, deren Mantel die Spalten eines Handzuges aufweist; wenn Sie, von der Arbeit ermüdet heimkehrend, die Wohnung mangelnd und das Essen nicht zubereitend vorfinden, wenn Sie sich nicht, keine Feuersbrunst, kein Familiendrama, kein Massenmord, Es handelt sich nur um die Ausgabe von Textilwaren in einem der Geschäfte des Leningrader Verbandes der Konsumvereine... Jeder verteilte Elvare in Leningrad hat für einen bestimmten Zeitschnitt Anspruch auf eine bestimmte Anzahl Meter Textilien. Die Ware erhält er schließlich, aber nach wieweil Qualen, bei welchem Zeitverlust! Erstens weiß man nicht, wann die Ware ausgeben wird. Wenn man ein einfacher Sterblicher ist, keine Bekannten unter dem Verkaufspersonal hat, keine arbeitslose Frau oder Schwester und keine freie Zeit, um täglich alle Verkaufsstellen abzuklappern und zu fragen, ob nicht etwas der Ausgabe zugeht, ist man in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Gut, wenn bei einem zufällig ein arbeitsloser Tag zusammenfällt mit dem Tag der fälligen Ausgabe der Textilien in dem Geschäft, auf das man zufällig an diesem Tage stößt. Dann kann man seine Meter nach mehrstündigem Warten vielleicht auch bekommen, wenn die vorhandenen Vorräte nicht gerade zwei Minuten vor dem Auszugehen sind, bevor man darangekommen ist. Hat man aber kein Glück, so kriecht man den Stoff überhaupt nie zu sehen.“

Die Verbürkrätisierung der Genossenschaften beleuchtete die folgende Arbeiterkorrespondenz, im „Trud“, die auf Moskauer Verhältnisse Bezug nimmt:

Aus der Internationale

Osterrreich Der Schutzbundgeneral als Andreas Hofer

Das sog. Entwaffnungsgesetz ist angenommen worden. Die knietägliche Bettel der Sozialdemokratie, es möge Schutzbund und Heimwehr zurückgezogen werden, ist von der Bourgeoisie abgelehnt worden. Damit hat sich bestätigt, was wir in einem der vorigen Artikel vorausgesagt haben. Denn einwirts braucht die Bourgeoisie den Schutzbund nicht zu fürchten, da seine Führer schon dafür sorgen, daß er möglichst unglücklich bleibt; bei noch so vielen Durchsicherungen von Schutzbundtransporten hat die Polizei an Waffen bestenfalls Taschenmesser gefunden, mit denen man, sagen wir einmal „Hühneraugen operieren kann“. Die Heimwehr ist dagegen noch immer ein hübsches Schreckmittel, und so ist es gekommen, daß die Bürgerlichen der Auslandskredite halber (und auch wegen der kommenden Wahlen) sich eine demokratische Pose geben konnten, aber den faschistischen Dolch im Gewande. Jedem seine Privatarmee — welche eine vollkommene Demokratie! Die SP, fällt die Demokratie etwas anders aus. Sie hat vergeblich die Bürgerlichen zu überreden versucht, daß es besser sei, die Arbeiter nicht durch Polizei und Heimwehr, sondern nur durch die Polizei niederzuhalten. Dies und nichts anderes war der langen Rede tiefer Sinn. Die Heimwehr ist „illegal“, die Polizei gesetzlich und die SP steht immer auf dem Boden des Gesetzes. Daß die Sozialdemokratie in Fragen der offenen Machtausübung des Proletariats mit dem Kapitalismus einen konterrevolutionären Standpunkt einnimmt, muß nicht einmal dem reuesten Sozialistenger bewiesen werden. Jeder Mensch weiß doch, daß die SP gegen den Bürgerkrieg ist, weil er ja die arme, österreichische Volkswirtschaft des Rußlands und anderer, dann interessierter Staatsbürger vollends ruiniert. Dagegen lohnt es sich, wieder mal zu zeigen, daß die SP nicht nur wirtschaftlich national ist, sondern daß sie auch im spießbürgerlich-patriotischen Geiste zu denken nicht verlernt hat. In der Debatte über das Entwaffnungsgesetz trat ein bürgerlicher Abgeordneter den Schutzbundgeneral, was er im Kriege getan habe. Deutsch antwortete darauf:

„Ich war an der Front. Als ich eingerückt bin, war ich ein Gegner des Krieges und habe dies auch unumwunden erklärt; aber gesagt, trotzdem rückte ich ein und erfüllte meine Pflicht. Ich war 3 Jahre an der Front und habe gekämpft und wurde ausgezeichnet. Wenn Sie es wissen wollen: in der Zeit, wo Tirol in Gefahr war, stand ich auf den Gletschern von Tirol (auch in der Arb.-Zeitung fast gedruckt) und habe dafür die silberne Tapferkeitsmedaille bekommen. Aber der Herr Steidle sah in diese Zeit in Innsbruck. Wir haben alle unsere Pflicht erfüllt.“

Also 1930, nach soviel Jahren des Geschreiens „Nie wieder Krieg“, heute, nachdem das Proletariat mit riesigen Elaströmen die Erkenntnis erkauf hat, daß das Mitmachen am kapitalisti-

„Jeder Tag bringt immer neue Tatsachen, die davon zeugen, daß die Moskauer Vereinigte Konsumgenossenschaft mit ihren Aufgaben nicht fertig wird. Das bestätigen auch die Ergebnisse der gestern abgeschlossenen Enquete der Handelsinspektion des Moskauer Handelskommissariats und der Staatsanwaltschaft des Gouvernements, die sich mit dem Schlange stehen vor den Geschäften der Konsumgenossenschaften befaßt. In drei Tagen wurden an die 70 Geschäfte inspiziert, hauptsächlich in den Arbeiterbezirken Moskaus. Es stellte sich heraus, daß man sich vor den Geschäften schon am Abend vorher aufzustellen beginnt. In vielen Geschäften gab es keine Eier, keine Kartoffeln, keine Tomaten und keinen Kohl.“

Der „Trud“ ist das Organ der Gewerkschaften. Er berichtet weiter aus Samara: „Kann aufzuheben sind alle die berechtigten Forderungen, die die Arbeiter im Verlauf des ablaufenden Jahres an die Arbeiterkonsumgenossenschaften und die Aufsichtsbehörden des Mittleren Wolga-Gebietes gerichtet haben. Hat das Arbeitergenossenschaftswesen, hat namentlich die Zentral-Arbeitersgenossenschaft Samara die Forderungen der Arbeiter erfüllt? ... Natürlich nicht! Bis in die letzten Tage war die „illiale Krankheit“ noch nicht ausgeheilt. Man steht nach wie vor stundenlang an und, was noch schlimmer ist, man steht nach Lebensmitteln und Waren an, die es überhaupt nicht im Verkauf gibt.“

Die gleiche Nummer berichtet auch über Zustände in der Speiseanstalt von Genossenschaften in der Ukraine. Der Korrespondent schreibt sehr drastisch:

„Das höchste Strafmäß ist nach der Meinung verschiedener Gruppen der ukrainischen Arbeiter das Mittagessen in der Genossenschaftsrestauratur. Trotz einer ganzen Anzahl von Beschlüssen über die Notwendigkeit des Ausbaus der öffentlichen Restaurationswirtschaft und obgleich die ungünstige Rückwirkung eines schlechten Mittagessens und des stundenlangen Anstehens nach Lebensmitteln auf die Durchführung der Produktionsprogramme einen jeden klar ist, — trotzdem allem bleibt die Organisation der öffentlichen Restaurationswirtschaft in der Ukraine nach wie vor sehr schlecht.“

Die Gastwirtschaften sind eng und befinden sich in hierfür völlig ungeeigneten Keller- und Geschäftsräumen. Die Kantine der größten Charowker Fabrik (GFS, die 4000 Gäste zu versorgen hat) hat nur 3000 Personen! In Stalino bedingt das Anstehen der Arbeiter vor den Türen der Wirtschaft einen Dykows-Stoß der Fabrik. Das gleiche ist auch in der Rykov-Städter der Fall. ... Die Tischzeit reicht zur Einnahme der Mahlzeit nicht aus. Von einem Signal der Fabriksirene bis zum andern bleiben die Arbeiter vor der Wirtschaft stehen und müssen dann wieder in die Fabrik zurück, ohne gegessen zu haben.

Aber nicht genug mit alledem; das Essen ist in einer Reihe von Wirtschaften offensichtlich von schlechter Qualität. ... Verdorbene Lebensmittel werden von den Verwaltern der Restaurationsbetriebe und den Köchen häufig mit Absicht zurückverkauft, Maden, Schweben, Schimmel sind in einer ganzen Anzahl von Wirtschaften (Charow, Donezbeck) notwendiges Zubehör jeder Mahlzeit.“

schon Krieg nicht eine Pflicht und Ehre, sondern ein Verbrechen an der eigenen Klasse und am Internationalismus ist, da kommt so ein Deutsch daher und bristelt sich damit, daß er die Tapferkeitsmedaille bekommen hat, weil er, obwohl beim Einrücken anderer Meinung, es für seine Pflicht gehalten hat, auf die in italienischer Uniform steckenden Proletarier zu schießen. Er, der Sozialist, hat das heilige Land Tirol verteidigt, während der faschistische Steidle in Innsbruck vielleicht mit Krankenplazettieren oder klopfigen Dirndeln herumkutschete.

Man kann Gift darauf nehmen: im Falle eines Krieges würde die Sozialdemokratie es wieder als Pflicht betrachten, das Vaterland zu verteidigen, so wie Deutsch-Tirol, obwohl er privat schon wissen dürfte, daß er nicht Tirol, sondern das österreichische Kapital verteidigt.

Was schert schließlich ein beitragszahlendes Mitglied die Stellung zu Krieg oder Nichtkrieg? Es interessiert bloß, ob die SP gegen den Bürgerkrieg ist. Es war ja auch ein berühmter Sozialist, der die ganze Frage auf wahrhaft verblüffende Weise löste: indem er feststellte, die Internationale sei nur für den Frieden da und nicht für den Krieg. Jetzt ist ja Frieden, es lehnt nur noch der Klassenfrieden.

Nichtstestweniger trägt die segenreiche Tätigkeit des Austromarxismus ihre Früchte. Es blüht der Gemeindegewalt in den Planschbüchern ergötzt sich die zukunftsreihe Jugend, in die Gemeindegewalt kommen nur die wirklich Bedürftigsten und Genosse Baumgärt war in bescheidenen Lage, bei der Entwaffnungsdebatte folgendes zu sagen:

„Unsere Turnvereine und unsere Sportbewegung zeigen, daß aus den Arbeitern, die sie jahrzehntlang in dumpfen Kellerhöhlen haben verkommen lassen, freie, prächtige Arbeiter geworden sind.“

Jawohl, so ist es. Die soziale Frage ist ein für allemal gelöst. Es geht euch dreckig? Klassenkampf nicht nötig, her Turmerwin tut es auch. Und wenn einer von euch nach Wien kommt, wird er keinen obzomben in Kellerhöhlen wohnen sehen und die Katholiken, Landtag und Nationalrat essen kein Pfundfleisch, sondern Forellen. In den Vorstädten werden ihr kleine höhlingigen, hungernden und in Fetzen einherschleichenden Proleten sein, sondern freie, prächtige deutsche Arbeiter, und daß sie meistens Nowotny, Pospischil oder Nawratil heißen, muß euch auch nicht in Stunden versetzen.

Organisatorische Mitteilungen

- Groß-Berlin Versammlungskalender. 3. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquestr. 24. 6. Bezirk, Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Giltshimerstr. 88. 14. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Speisebecher, Herfurstraße 26. 15. Bezirk, Jeden Freitag, nachts, 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3. 17. Bezirk, Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38. Newsdays, Jeden Freitag, 20 Uhr, Funktions-Sitzung von Partei und Union im Lokal Otto Gebauer, Wallstr. 62.

Der Sozialismus marschier - rückwärts

Die Vereinigten Elektrizitäts-Werke Westfalens, ein rein kommunales Werk, das größte Deutschlands, geht aller Wahrscheinlichkeit nach in den allerersten Tagen schon in privaten Besitz über. Das Werk braucht Geld, was bei der steigenden Elektrifizierung und der steten Ausdehnung selbstverständlich ist. Darauf hat der Aufsichtsrat sein Pfläuschen zudrückt, das jetzt plötzlich bekannt wird. Das Werk soll in Aktiengesellschaft umgewandelt und das Kapital von 60 auf 120 Millionen Mark erhöht werden. Ein Großbankenkonsortium unter Führung der D.-D.-Bank gibt 66 Millionen und erhält dafür die 60 Millionen Mark Aktien, denen eine 64-prozentige Dividende garantiert wird, von den 20 Aufsichtsratsmandaten und den stellvertretenden Vorsitz, den der Direktor Kehl von der D.-D.-Bank übernimmt.

Die Wendung ist natürlich so überraschend, wie die sozialdemokratische Presse im. Der sog. Aufsichtsrat wird schon heute von bekannten Privatkapitalisten maßgebend beeinflusst. Ein gewisser Herr Krohn, ein als „selbstverständlich, ein privatkapitalistischer Stranz ziehender Industrieller, ist Generaldirektor.

Das Privatkapital hat die Kommunen das Werk mit Steuergebern aufbauen lassen und sieht jetzt seine Zeit, den Seiten zu ernten. Die Sozialdemokratie, die diesen „Sozialismus“ marschieren liess, um die revolutionäre Bewegung im Proletariat zu bremsen, wird sich z. Zt. das Ende auch nicht anders gedacht haben, wofür sie nur genügend ihrer Stümpferempfehlung darin versorgt bekommt. Die maßgebende sozialdemokratische beeinflusste die Regierung hat über das VEW, das Aufsichtsrecht und das letzte Wort. Es wird sich erweisen, ob unser Hinweis Tatsache ist.

Dem Proletariat kann es gleich sein, ob diese Betriebe den Gemeinden, dem Staat oder dem privaten Kapital gehören, ob die Arbeiter von einem Kronen oder einem Ruck getreten und ausgebeutet werden. Alle derartigen Betriebe sind um kein Jota arbeiterfreundlicher als Privatkapitalisten. Sie sind im Gegenteil Kitzelwirtschaften, die Korruption und Gesinnungsumkehr geradezu erzwingen. Es wird hier aber wieder von neuem der Beweis erbracht, daß die „Sozialstruktur“ der Sozialdemokratie ein Einfluß ist, um kämpfende Arbeiter in Stimmzetteltörle zu verwandeln.

Sichende Arbeitslosigkeit

Die Entlassung des Arbeitsmarktes im Bereich des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) in der zweiten Hälfte des Mai ist nur vorübergehend gewesen. Nach dem neuesten Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg ist in den ersten beiden Juniwochen die Zahl der Arbeitslosen wieder um 7848 auf 420 833 Personen gestiegen. Auf Grund-Berlin entfallen hiervon 324 151 auf die Provinz Brandenburg 90 807 und auf die Grenzmark 5875 Arbeitsuchende. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2387 auf 238 471 Personen gestiegen. Dinschließlich der Krisenunterstützten erreichte die Zahl der Unterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung 296 574 Personen.

Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Zahl der Arbeitsuchenden in Berlin und Brandenburg zurzeit um 80 Prozent höher ist als Mitte Juni vorigen Jahres. Während im vergangenen Jahre trotz des langsamen Einsetzens der Frühjahrsarbeiten infolge des sibirischen Winters die Zahl der Arbeitsuchenden im Februar bis Mitte Juni von 398 500 auf 233 300 Arbeitsuchende, also um rund 41,5 Prozent zurückging, hat die Entlassung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr mit einem Rückgang der Arbeitsuchenden von 501 457 Ende Februar bis auf 420 833 Mitte Juni in Berlin und Brandenburg nur 16,6 Prozent betragen.

Dabei weisen die Berichte der einzelnen Landesarbeitsämter, darunter auch der vorliegende Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg, darauf hin, daß in den wichtigsten Industriezweigen eine Besserung in nächster Zeit nicht zu erwarten sei. Das Krisenzentrum in Berlin stellt die Metallindustrie dar, bei der sich der Arbeitsmarkt immer kritischer gestaltet. Besonders schwer sind die Fachkräfte von der Beschäftigungslosigkeit betroffen. Auch im Bekleidungs- und Schuhwaren war ein sprunghaftes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen festzustellen. Im Baugewerbe haben sich die Schwierigkeiten noch nicht gehoben. Nur im Braunkohlenbergbau hat sich die Besserung, die im Mai einsetzte, fortgesetzt. Auch auf dem Stellenmarkt für kaufmännische Angestellte hat sich besonders für männliche Arbeitskräfte die Beschäftigungsmöglichkeit erheblich verschlechtert.

Bücher-Ecke

- Redner der Revolution: 1. Reihe, jeder Band 1,- Mark. Band 1: Maximilian Kobespierre. 2: Ferdinand Lassalle. 3: Saint-Just. 4: Antoine Quentin Fouquier-Tinville. 5: Wilhelm Liebknecht. 6: Thomas Münzer. 7: Jean Marat. 8: Georges Jaques Danton. 9: Karl Liebknecht. 10: August Bebel. 2. Reihe, jeder Band 1,50 Mark. Bd. 11: Rosa Luxemburg. 12: Die Achtundvierziger. 13: W. Lenin.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder perärdlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: Ort: Straße:

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdona, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, Juli 1930.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,68 Mk. Erschätet wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „Reform“ der Finanzen

Es stehen alle Zeitungen davon voll. Die Lage muß unweigerlich wichtig sein. Alle Parteien machen „positive“ Vorschläge. Die bürgerlichen Parteien kämpfen um die „Entlastung“ der Wirtschaft. Die „Arbeiterparteien“ um einen sozial frisierten Etat. Nun schon monatlang.

Der Arbeiter, der die „positiven“ Vorschläge überprüft, wählt, ob ihm das Fell mit einem Ruck über den Kadaver gezogen werden soll, oder langsam, am Gefühl zuzugewöhnen. Das muß man laut und deutlich aussprechen, denn die Komödie um die „Finanzreform“ wird für den gesunden Menschenverstand geradezu eine Belastungsprobe. Und die ernstesten Gesichter der Reformler aller Schattierungen reizen sich nämlich die krampfhafteste Mühe, den Kern der ganzen Sache zu verschleiern.

In einer Gesellschaftsform, in der die Kapitalisten die Proleten, resp. ihre Arbeitskraft, kaufen lassen, ist es ein Widerspruch, davon zu reden, daß die „Lasten“ gleichmäßig verteilt werden können. Denn die Besitzer der Produktionsmittel und des Kapitals zahlen nur den Preis, den ihnen die meuternden Sklaven abtrotzen. Sie stehen aber den meuternden Sklaven nicht einzeln gegenüber, sondern die Sklaven werden durch organisierte Gewalt niedergehalten, durch die Staatsgewalt. Einen anderen Sinn, den Profit des Kapitalisten nach außen und „innen“ zu verteilen, hat der kapitalistische Staat nicht. In jedem dieser Fälle kommt diese Tendenz zur Manifestation kommt diese Tendenz unverhüllt zum Ausdruck.

So lange die deutsche Bourgeoisie nicht ganz fest im Sattel sitzt, versucht sie — nicht ohne Erfolg! — die hungernden geschundenen Proleten mit dem Programm der „demokratischen Republik“ zu lockern. Sie lockert die Kandidaten ein wenig. Sie warf den Hungernden und Begehrten ein paar Brocken hin. Sie „sorgte“ für die Arbeitslosen, für die armen Schul Kinder, für die Jugend, für die Kriegskrüppel. Ein mächtig sich auflühender Verwaltungsapparat verschlang Unsummen. Das schadet nichts — wenn das Proletariat dadurch von der Erkenntnis abgehalten wird, daß alles, was man ihm „gibt“, hinterher doppelt und dreifach wieder gestohlen werden kann.

Das kapitalistische Deutschland der Nachkriegszeit konnte nur wieder auf die Beine kommen, wenn dem Proletariat die Illusion blieb, daß es durch die Demokratie in den Sozialismus „hineinwächst“. Für die Gewerkschaften war dies Grund genug, die Überstunden, schufferei zu propagieren und durchzusetzen, die Rationalisierung zu befürworten. Der „soziale“ Etat offenbarte sich schon da als die Kulisie, hinter der man wieder wegstiehlt, was man gab. Die Phrase von der „sozialen“ Republik war das Mittel, durch gesteigerte Ausbeutung den Profit zu erhöhen.

Ein anderes Mittel, die Proleten, die auf die verbrieften demokratischen Rechte der Verfassung schworen, zu begannern, war die Zoll- und Steuerpolitik. Der Lohn „stieg“ formal um zwei Prozent und sank durch die Teuerung um zehn Prozent. Die Proleten merkten vor lauter „Selbstbestimmungsrecht“ nicht mehr, daß sie nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Konsumenten ausgebeutet werden.

Sie merkten auch nicht, daß die Bourgeoisie mit ihrer Wiedererstarkung nicht nur den einzelnen Betrieb rationalisiert, sondern auch den Staatsapparat. Praktisch liegen die Dinge so, daß der Arbeiter, der eine ausgequetschte Zitrone aus dem Betrieb fliegt, verlorlos geworden ist. Die Millionen Erwerbslose haben nur den Wert, durch ihren Hunger und die dadurch erzwingende „Arbeitswilligkeit“ die Arbeitenden unter Druck zu halten. Man schaltet sie, um besser über sie herrschen zu können, in möglichst viele Kategorien. Wichtig sind Panzerkreuzer, faschistische Garden, gut genährte Pfaffen, Schupo, Spitzel, demokratische Schwätzer usw. Das Gebot der Stunde heißt: „Platz

an der Sonne!“ Die mittelalterliche landwirtschaftliche Produktion in Deutschland wird vor der ausländischen Konkurrenz „geschützt“, um das rebellierende Bauerntum bei der Stange zu halten. Alle Pläne der Finanzminister und Parteien laufen in dieser Richtung.

Die Bourgeoisie spielt mit offenen Karten. Bis jetzt war das oft so, daß die Kapitalisten ein groß Teil der Steuern bezahlten, der notwendig war, um den Unterdrückungsapparat gegen das Proletariat zu finanzieren. Sie schlugen dann die Steuern wieder auf die Preise (Produzenten resp. Händler). Der Umweg ist dank der politischen Stärke der Bourgeoisie nun nicht mehr nötig. Die Betteluppen für die Opfer der kapitalistischen Ordnung kosten zu viel Geld und Zeit und Personal. Die Kapitalisten wollen keine „Belastung“ der Wirtschaft mehr. Sie haben es nicht mehr nötig!

Und den Proleten klipp und klar ins Gesicht sagen, daß ein paar Brocken stinkender Kapital gewirtschaftet wurde, Loch zum „wohnen“ genügt, widerspricht dem „demokratischen Prinzip“. So kommt man auf alle möglichen Robtbesoldungen, Krankenkassenreform usw. Eine Spekulation auf die niedrigsten Instinkte. Warum kann ein „Festbesoldeter“ können das Opfer doch bringen, haben immer am ersten ihr Bestimmtes! „Die Faulkranken können ruhig herangezogen werden“, der blöde Hammel, der so lange schindert, bis er verreckt, braucht ja auch nur selten einen Krankschein. Warum soll er dieselben Beiträge bezahlen wie die „Schmarotzer“, ohne von wem zu werden? Diese armsgeliebten Mätzchen zu verwickeln, wer mehr zu der Rute besteuern kann, Parteien streben sich jedoch, ihren „Anhängern“ das Notopfer zuzumuten. Jede Partei, die für das „Notopfer“ eintritt, beschwört den kleinbürgerlichen Zorn ihrer Anhänger herauf. Jede Wirtschaftsgruppe kämpft verblüht um ihre „Belange“, lehnt die Steuer ab, die ihren „Erwerb“ belastet. Ein Finanzminister nach dem anderen geht.

Die Gewerkschaften können sich das Spiel ja erlauben, das Proletariat mit dieser Komödie und — schläft. Die SPD, und KPD, mit ihren Vorschlägen von dem Abbau der militärischen, agrarpolitischen Ausgaben, ihrer Forderung von der Zentralisation der Verwaltung durch Abschaffung der Dutzende von Vaterländern zu Gunsten des Einheitsstaates wissen so gut wie wir, daß die Finanzpolitik nur ein Teil der bürgerlichen Klassenpolitik und deswegen eine Machfrage ist! Ihr Geschwätz hat nur den Zweck, darüber hinwegzutäuschen, daß sie selbst erst die Voraussetzungen schufen für die rücksichtslose Niedertrampeln des Proletariats.

Wenn das Proletariat eines Tages das Spiel durchschaut und sich erhebt — hört die Finanzkräfte auf, eine Frage zu sein. Dann wird Geld in Hülle und Fülle da sein, um den Arbeiter in Schach zu halten.

Die Dummdreistigkeit, mit der die Bourgeoisie das Proletariat animiert, „sachlich“ an dem Kopfbrechen teilzunehmen, wie man den letzten Rest aus dem Mark des Proletariats herausschält, um die Sklavenhalter, die Kanonen und Flinten und Zuchthäuser zu bezahlen, ist die Quintessenz der Bourgeoisie als so allgemeine Sorge des deutschen Kapitals. Aus diesen Gründen hatte auch bereits die sozialdemokratische Regierung Müller die Osthilfe bezogen und riesige Zölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten bewilligt. Das Schicksal des deutschen Kapitals hängt mit dem Schicksal der Landwirtschaft eng zusammen. Ein Zusammenbruch der Sparkassen, der Preußenkasse hätte eine Revolution bedeutet. Der Anbruch auf dem Lande, die Bewegung der Landwirte gegen die Republik hätte in den Massen der widewordenen Kleinbürger ihre stärkste Unterstützung gehabt. Eine Verbindung dieser Massen mit dem Industrieproletariat hätte sich zu einer Gefahr ausgewachsen, der gegenüber das Finanzkapital machtlos gewesen wäre. Die klare Erkenntnis der Notwendigkeit der Einreihung der Landwirtschaft in die regierende Schicht hat das Finanzkapital auf der Abstoßung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und zur Aufnahme und Beteiligung der Landwirtschaft an der Regierung gezwungen. Das landwirtschaftliche Kapital seinerseits mußte die ihm gebotene rettende Hand ergreifen, weil sie die einzinstige Möglichkeit einer Sanierung bot. Ein weiteres Verharren im Gegensatz zum Staat und dem kreditgebenden Finanzkapital hätte objektiv den Ruin der Landwirtschaft bedeutet. Nur im Bunde mit dem herrschenden Finanzkapital war es möglich, die Lasten der Krise auf das Proletariat abzuwälzen. Gerade diese Möglichkeit der Ab-

Wetlauf der Reiter!

Das deutsche Kapital hat jetzt ein Programm „zur Sanierung der Finanzen und zur Entlastung der Wirtschaft“ entworfen, das eine Spitzenleistung in der Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Abwälzung der Lasten des Youngplans und der Weltwirtschaftskrise darstellt. Die Finanzlage des deutschen Kapitals war nicht nur durch die schon seit 1927 einsetzenden Wirkungen der damaligen künstlichen Konjunktur erschüttert, sondern auch durch die bewußte Unterhöhung des Gleichgewichts des Staatshaushalts als Form der Sabotage gegen den Dawesplan. Seit 1926 schloß jeder Haushalt des Reiches in Wirklichkeit mit Fehlbeträgen ab, obwohl bis in das Jahr 1928 hinein auf dem Papier Überschüsse vorhanden waren. Der ordentliche Haushalt hatte im Jahre 1926 einen Fehlbetrag von 284 Millionen, der von 1927 130 Millionen, der von 1928 509 Millionen, der von 1929 472 Millionen. Daneben lief dann noch der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts, der 1926 mit 290 Millionen begann, 1928 auf 906 Millionen stieg, 1929 auf 772 herabgedrückt wurde. Es ergibt sich also in diesen vier Jahren ein Gesamtfehlbetrag aus ordentlichem und außerordentlichem Haushalt von 2167 Millionen Mark. Wie vom deutschen Kapital gewirtschaftet wurde, ergibt sich aus der Steigerung der Nettosummen des Reiches von 1926 mit 9527,4 auf 11828,5 Milliarden. In dieser Zeit sind die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke in keiner Weise gestiegen. Die Erhöhungen beziehen sich im wesentlichen auf eine Steigerung der Kosten der Liquidation des Krieges um 600 Millionen und der Überweisung an die Länder und Gemeinden um 800 Millionen. Von diesem Etat sind über 114 Milliarden will das Reichsfinanzministerium im ganzen 100 Millionen, also knappe 10 Prozent einsparen. Dabei machen allein die Ausgaben für die Wehrmacht 766,7 Millionen aus.

Nachdem das deutsche Kapital sich gezwungen sah, den Youngplan anzunehmen, begann die Offensive des Kapitals zur Abwälzung der Lasten des Youngplans und des durch die Sabotage geschaffenen Defizits von über 2100 Millionen auf die Arbeiterschaft. Der erste Ansturm erfolgte unter dem Kabinett Hermann Müller, der sich gegenüber den Forderungen der Bourgeoisie nicht anders als durch die Flucht zu retten wußte. Danach begann unter der Bourgeoisie der Kampf um die Subventionierung der einzelnen kapitalistischen Schichten. Die Weltwirtschaftskrise machte eine Kapitalflucht nach der anderen notwendig. Die Landpreise auf dem Weltmarkt von der Krise zuerst betroffen, bemerkbar. Außerdem wurden durch diese Krise in sehr starkem Umfang die bisher von Reich, den Ländern und den Gemeinden an die Landwirtschaft gewährten Kredite betroffen. Eine Krise in der Landwirtschaft hätte zu einem allgemeinen Bankrott der öffentlichen Kassen geführt. Deshalb war die Rettung der Landwirtschaft eine so allgemeine Sorge des deutschen Kapitals. Aus diesen Gründen hatte auch bereits die sozialdemokratische Regierung Müller die Osthilfe bezogen und riesige Zölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten bewilligt. Das Schicksal des deutschen Kapitals hängt mit dem Schicksal der Landwirtschaft eng zusammen. Ein Zusammenbruch der Sparkassen, der Preußenkasse hätte eine Revolution bedeutet. Der Anbruch auf dem Lande, die Bewegung der Landwirte gegen die Republik hätte in den Massen der widewordenen Kleinbürger ihre stärkste Unterstützung gehabt. Eine Verbindung dieser Massen mit dem Industrieproletariat hätte sich zu einer Gefahr ausgewachsen, der gegenüber das Finanzkapital machtlos gewesen wäre. Die klare Erkenntnis der Notwendigkeit der Einreihung der Landwirtschaft in die regierende Schicht hat das Finanzkapital auf der Abstoßung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und zur Aufnahme und Beteiligung der Landwirtschaft an der Regierung gezwungen. Das landwirtschaftliche Kapital seinerseits mußte die ihm gebotene rettende Hand ergreifen, weil sie die einzinstige Möglichkeit einer Sanierung bot. Ein weiteres Verharren im Gegensatz zum Staat und dem kreditgebenden Finanzkapital hätte objektiv den Ruin der Landwirtschaft bedeutet. Nur im Bunde mit dem herrschenden Finanzkapital war es möglich, die Lasten der Krise auf das Proletariat abzuwälzen. Gerade diese Möglichkeit der Ab-



# Sport und Klassenkampf

Es tut sich was. Marktschreierisch angekündigt überflutet es unaufhaltsam und eindringlich die Geister der jungen Generation. Klammert sich überall mit magischer Gewalt an, überwindet Urtrieb und Vorurteil, und stellt sich hin als das Ziel, die Verkörperung, die Kraft, das Neue. Spreizt weit die Flügel, überwindlich scheinend. Und schillert in allen Farben. Relativ. Ganz wie du selber einstellst bist. Vom sozialen Ethis über rechts- und linksradikales typisches Kleinbürgertum bis zum raffiniertesten Nervenkitzel. Sport. Und immer wieder Sport. Alles ideale Kräftefaltung, als Höchstleistung, als revolutionäre und reaktionäre Tugend, als gesellschaftsfähige Körperlichkeit birgt er — auf sich allein gestellt — nur hohle Körper in sich. Ein Wurm, der dem Untergrund des Abendlandes ein festliches Gepräge gibt. Ein Gefäß, dem zur Vollendung der sprühende, funkende, lebendige Inhalt fehlt. Ein Nichts.

Wobei natürlich keinesfalls zu leugnen ist, daß der Sport unter ganz bestimmten Voraussetzungen auch eine gewisse engbegrenzte Daseinsberechtigung hat. In Verbindung mit Wurzeln, aufsteigendem. Aber nicht nur da. Sowie er zu eigenem Sein emporschrebt, wird er faul und morsch. Ein Schädling. Um so mehr, als ihm nur Weniges als solchen erkennen. Langsam und stetig zieht er seine Kreise und wühlt schöpferische Arbeit zu leisten. Aufbau und körperliche Erhaltung, lauten die Parolen. Und die Banner wehen in allen Farben. Bald hier bald dort.

Es gab eine Zeit, die gar nicht einmal so sehr entfernt liegt, da war der Sport ein Luxus, den sich nur die Ausbeuterklasse leisten konnte und leisten mußte. Um frühe Trägheit zu überwinden. Um so besser werden zu können. Und als die arbeitende Klasse im Kampfe um ihre Befreiung schematisch die Eigenschaften der Bourgeoisie für sich zunutze machen wollte, griff sie zum Sport. Erst aus reinem Nachahmungstrieb dann aus Gewohnheit. Die arbeitende Jugend in der Hauptsache ziff den Gedanken schnell auf, weil er neue Möglichkeiten in sich zu tragen schien. Er wurde ein Teil des Gemeinschaftslebens und setzte sich restlos durch. Bald wechselseitige Beziehungen trugen sichbare Wirkungen als reife Früchte. Ein Erfolg. In den Freistunden, den kargen, wenigen, die nach des Tages Fronarbeit und den darauf folgenden Mühen für den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse, übrigblieben, wurde im Kreise der Genossen Sport betrieben. Als Ergänzung des Gemeinschaftslebens. Zur Stärkung des Körpers, zur Stärkung für die aufreibende Arbeit im Dienste des Proletariats. Und das war gut so. Solange er ein Handwerkszeug der Arbeitenden blieb.

Und dann kamen die Zerfallserscheinungen. Zuerst ganz langsam, kaum sichtbar. Aber doch merklich. Und wuchsen. Der Gedanke der Stärkung der Kräfte geriet, teilweise, erst und dann ziemlich allgemein, immer mehr ins Hintertreffen zugunsten gesteigerter Aktivität, dem reinen Sport gegenüber. Erziehung von Höchstleistungen durch rastlose Verfeinerung der Technik wurde Selbstzweck. Mäandrierende Arbeitermassen in den wie Pilze aus dem Boden schießenden Sportvereinigungen wurde Tatsache. Und der Zersetzungsprozess triumphierte. Die Sportler hatten naturgemäß nicht mehr viel Zeit für die politische Bewegung wie vormals. Die doppelte Kräfteanstrengung versagte meist. Und vor klare Entscheidungen gestellt siegte fast ausnahmslos der Vampyr Sport. Wer diese Entwicklung mit durchgemacht hat, der weiß, welchen unzerstörbaren Schaden dieser rein bürgerliche Entwicklungszug schon vielen Arbeitern, der Klassenkampfesbewegung verursacht hat. Viele gute Genossen gingen damals und gehen auch heute noch dadurch als aktive Mitglieder der revolutionären Bewegung verloren. Und Sympathie allein, mag sie noch so sauber und ehrlich sein, ist kein vorwärtstreibender revolutionärer Faktor.

All diese Dinge werden aber noch bei weitem überwacht durch den psychologischen Hintergrund. Die allermeisten Genossen sind sich dessen gar nicht recht bewußt. Die Vorarbeiten für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, nämlich die Partiarbeiten und auch der aktive Kampf selbst ist ein mühevoller, stützender und immer wieder Opfer heischendes Amt. Die Weltgeschichte hat viel weitaus anstrengendere Bewegungssätze als unser engumgrenzter Horizont es sich für gewöhnlich ausmalt. Dem müssen wir Rechnung tragen und nimmer verzagen. Der größte Teil der Arbeiterklasse ist durch die bürgerlich-kapitalistische Erziehungsmethode derart stark beeinflusst, daß er den neuen Gedankengängen der kommunistischen Bewegung kaum Gehör schenkt. Schon um deswillen nicht, weil er durch die jahrelange Fronarbeit verblödet und abgestumpft ist. Wer wirft den ersten Stein? Und doch ist es notwendig, auch diese Menschenkinder zu überzeugen, zu tatkräftigen Mitarbeitern zu erziehen. Rastlos, unermüdet, immer. Und hier kommt der kritische Wendepunkt. Viele der zeitig rezsameren Genossen finden bei dieser so bitter notwendigen und ziemlich ausschlaggebenden Kleinarbeit keine seelische Befriedigung. Sie fühlen sich direkt abgestoßen. Ihnen fehlt die innere, moralische Kraft, einem gewollten und klar erkannten Ziel jedes Opfer zu bringen. Sie schließen sich unwillkürlich an Gleichgültigende an, sondern sich ab, lösen sich allmählich auch innerlich los — und der typische „Arbeiterportier“ ist fertig.

Es ist ja auch, um soviel leichter, etwas von Sympathie zu murmeln und mitleidig oder angeekelt dem körperlichen und geistigen Elend seiner Arbeitsbrüder zuzuschauen. Anstatt ihre Not kennen zu lernen, den Gestank der bitteren Armut zu ertragen. Mit den Seelen der verzweifelten Ausgebeuteten ringen. Immer und immer wieder. Besessenen, daß sie nur böser Wille, sondern zerstücktes, totgeschlagenes Menschentum die Ursache der mangelnden Aktivität ist. Dem Ausgebeuteten, wenn es ein Lumpenproletariat ist, die Gemeinschaft aufzuzeigen. Dieser martervolle, andankbare Dienst ist leichter, lodender Kampf. Nur die feigen Seelen schießen sich seitwärts und bauen bei ihresgleichen, wo Spielerei und Kraftvergeudung ist. Und träumen die Tage hindurch in Schönheit und Ethik, die weil der Untergrund ist: Dreck, Moder, stinkende Gemeinheit.

Daran ändert sich nichts der grauenhafte — oder wenn man will lächerliche — Irrtum der radikalen Phrase. Ein Sportverein, ob mit oder ohne rote Flagge, kann nie einen

Baustein für den Klassenkampf herbeibringen, weil seine ganze innere Zusammensetzung und Zielgebung darauf hinausgeht, dem einzelnen eine gewisse Befriedigung zu verschaffen, die gleichbedeutend mit der Lösung von Klassenkampfgedanken ist. Darüber hinaus werden aber auch ungeheure Kräfte gebunden für Dinge, die sich teilweise direkt konterrevolutionär auswirken, weil sie die kapitalistische Ideologie der Arbeiterklasse noch verstärken, die im günstigsten Fall aber höchst überflüssig sind. Hierbei gehört auch die so sehr propagierte „Proletarische Kultur“. Eine proletarische Kultur innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist ein ganz glatter logischer Fehlschluß.

Diejenigen Arbeiter, die den Sportverein über alles stellen und die Partiarbeit konsequent meiden, gehören zu denen, wo unsererseits erst noch der Hebel angesetzt werden muß, um sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen. Diejenigen aber, die Mitglieder einer revolutionären Partei sind, und trotzdem ihre Kräfte innerhalb einer zumindest fruchtlosen Sportbewegung vergeuden, sind lauter Zwitter. Weder heiß noch kalt. Da weiß man nicht, es auf keinen Fall.

Für uns liegen die Dinge ziemlich klar. Sportliche Betätigung ist für denjenigen, der täglich und nächtlich im Sinne der Revolution arbeitet, eine Selbstverständlichkeit. Sonst würde er rein körperlich gar nicht dazu fähig sein. Aber deshalb einen Sportverein zu gründen und sich dort ausschließlich zu betätigen, ist doch eine arge Verkennung der Sachlage. In Gemeinschaft der Genossen hinauszuwandern in die freie Natur und, soweit es die Partiarbeit gestattet, ein wenig Sport treiben, ohne das Ziel der Höchstleistung, das ist der gesunde Kern der Sportbewegung, den wir uns zunutze machen.

Sonst nichts. Alles andere ist überflüssiger Tamtam. Ein Sieghelmschrei. Fehlender Opfermut, mangelnde Zähigkeit. Aber wie wollen. Mit gesundem Körper durch Sport weiter im Sinne der Revolution wirken. Trotz des riesengroßen Geschwüres „Arbeiter-Sportverein“. Jawohl.

## Antreibensystem im Bergbau

### Neue Aussicht für die Zukunft

Der Bergbau ist, gemessen an seiner Wichtigkeit als Schlüsselindustrie, bezüglich der Rationalisierung, d. h. an Organisation und Mechanisierung des Abbaues, von den maßgebenden Industrien noch am rückständigsten. Die Steigerung der Förderung beruht noch mehr wie in anderen Industrien auf der Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Welches Ausmaß diese angenommen hat, kann man nachlesen in der Statistik des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter. Die Leistung der Arbeiter ist nicht nur gegen das Jahr 1913 bedeutend gestiegen, sondern auch gegenüber 1928. Es wurden produziert bzw. gefördert in Millionen Tonnen:

	1913	1928
Steiinkohlen	140,7	150,8
Koks	31,6	33,8
Braunkohlen	87,2	166,2
Braunkohlenbriketts	21,9	40,1

Die Mehrleistung wurde erzielt trotz beträchtlichem Belegschaftsabbau. Die Förderung je Kopf der Belegschaft stieg gegen 1913; an der Ruhr von 1161 Kilogramm pro Tag auf 1384 Kilogramm, in Oberschlesien auf 1771 Kilogramm und im Aachener Revier von 957 Kilogramm auf 1172 Kilogramm. Im Braunkohlenbergbau wurde in Ostelbien die Vorkriegsleistung je Mann und Schicht um 57,9 Prozent gesteigert. In Westelbien um 57,7 Prozent und in Oberrheinland sogar um 90,2 Prozent! Im Eisenerzbergbau stieg seit 1913 die Förderung je Mann von 296 auf 402 Tonnen, während die Zahl der Beschäftigten von 24 600 auf 17 000 zurückging. Im Kali-bergbau wurden 1913 rund 13,2 Millionen Doppelzentner Kalk gefördert, 1929 dagegen 16,3 Millionen Doppelzentner, obwohl die Zahl der Arbeiter seit 1913 von 30 932 auf 22 548 Mann zurückgegangen ist.

Die maßgebende deutsche Rohstoffindustrie hat also schon jetzt, trotzdem sie technisch noch keineswegs auf höchster Stufe steht, ihre Produktion pro Kopf der Arbeiter gegen 1913 fast verdoppelt. Die Aussichten für die Zukunft kann sich jeder denkende Arbeiter selbst ausmalen. Die gesamte Industrie, soweit sie dieselbe Produktivität noch nicht erreicht hat, ist auf dem besten Wege zu ihr. Verdoppelung der Leistungsfähigkeit und Verminderung des Konsums durch die daraus sich ergebende Arbeitslosigkeit und Drückung der Löhne!

Es ist ganz verständlich, daß das Kapital angesichts dieser Sachlage den Arbeiter nicht ohne Restriktionen kann. Wenn die Arbeiter jetzt nicht begreifen, daß diese Restriktionen nur ein Mittelstück (Bayerischer Wald) aufkauft, um damit eine unbeschränkte Monopolstellung für optische Gläser in Deutschland zu erlangen.

Das optische Glasmonopol bedeutet aber mehr als unbeschränkten Preiswucher mit optischen Gläsern. Hauptknoten der Deutschen Spielzeugfabrikation A.-G. ist seit kurzem die in der deutschen optischen Industrie schon heute ausschlaggebende Zeißgruppe in Jena. Diese Gruppe hat bisher ein Werk nach dem anderen an sich gerissen. Mit dem Glasmonopol wird es ihr leichter, der Konkurrenz das Genick umzudrehen. Dem Wucherer Gläsern wird der Wucher mit optischen Artikeln überhaupt folgen. Die jetzigen exorbitanten Preise sind noch die Konkurrenzpreise. Die Monopolpreise werden sich erst demnächst zu zeigen beginnen.

Das Proletariat hätte keine Ursache, sich über diese Entwicklung zu bekümmern, würde es verständig, sich mit seinen Organisationen der Entwicklung anzupassen. Mit seiner gesellschaftlichen Nadelnähaktivität, mit der es die Arbeiter befreit, oder ausgesperrte Betriebe sich totstreiken läßt, während ihr Werk für die beschränkte Kundenschaft beliefert, arbeitet er aber dem Kapital direkt in die Hände und begibt Selbstmordpolitik.

**Siehe die Arbeitslosigkeit im ganzen Reich**  
Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung waren in der Zeit vom 1.—15. Juni 264 000 Arbeitslose gemeldet, 800 000 davon beziehen wieder aus der Versicherung noch Krisenlöhne-Unterstützung. Die Zahl der in der Krisenlöhne-

unterstützten ist dabei noch um 13 000 gestiegen. Seit März erstmalig ist die Arbeitslosigkeit um 12 000 gestiegen. Sie liegt nun das Vorjahr um 1 Million höher.  
Der Sommer ist bald vorüber. Für den Winter eröffnen sich dem Proletariat grausame Perspektiven. Indessen zehrt der Feldzug der Bourgeoisie jetzt seinen Gang weiter. Die neue Reform der Versicherung, die bald Tatsache werden wird, stellt faktisch einen Unterstrich dar und wirft Zehntausende aus der Versicherung in die sogenannte „soziale Fürsorge“. Wie lange das Proletariat in seiner Passivität verharren will, dürfte man gespannt sein.

## Chronik

**Neuer Kommunistenprozess in Ungarn.**  
Der Staatsgerichtshof in Budapest begann die Verhandlung der ersten Gruppe der Kommunistenprozesse, in denen 106 Personen unter Anklage stehen. Es standen der Privatbeamte Ladislaus Schilling und 33 Mitangeklagte vor Gericht, die beschuldigt waren, im Auftrag der Wiener kommunistischen Zentrale den Versuch gemacht zu haben, in Ungarn kommunistische Zellen zu organisieren. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit, Mittwoch wird der Gerichtshof seine Entscheidung darüber verkünden. Nach Lage der Dinge wird der weiße Terror wieder Orgien feiern.

**Überall Anfristen.**  
Der japanische Admiralstab hat vom Kabinett die Bewilligung von 10 Millionen Yen für neue Kriegszustellungen verlangt.

**Mussolinis.**  
Der Militäretat um eine halbe Milliarde erhöht.  
Einem Vorschlage Mussolinis zufolge beschloß der italienische Ministerrat die Mittel für die militärischen Rüstungen von Rechnungsjahr 1930 bis 31 um eine halbe Milliarde zu erhöhen. Für das Rechnungsjahr 30-31 werden die eingezeichneten Budgete der Heeresausstatt um 300 Millionen und derjenige der Marine um 100 Millionen, für die Luftfahrt werden 80 Millionen mehr ausgeworfen und für die Militär 20 Millionen mehr.

**Der weiße Terror in Polen rast.**  
Vor nicht allzulanger Zeit wurden 3 polnische Jungkommunisten zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein neuer Prozess wegen Attentates auf die Lemberger Osternmesse fand dieser Tage statt. Das Warschauer Gericht verurteilte dem Hauptangeklagten Roman Eida zum Tode durch den Strang. 4 Angeklagte erlitten je 4-7 Angeklagte je 3 und 1 Angeklagter 2 Jahre Zuchthaus.

Aus allen Ländern machen sich die Zeichen eines Protestes gegen das Vorhaben der polnischen Justiz bemerkbar. Der Fall Sacco und Vanzetti zeigt jedoch, daß nicht leere Proteste den Terror der Bourgeoisie eindämmen können. Nur die Aktion des Proletariats vermag die Pläne zu durchkreuzen und die Opfer den weißen Henkern zu entreißen.

## Österreichische Mitteltage

**Reich.**  
Erlaube.  
Jeden Samstag, abends 7,30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsabteilung bekanntgegeben.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

**Ortsgruppe München.**  
Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal Gambrinus, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP, RPO und KAJ statt.  
Proletarier aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ“ liegt dort ebenfalls aus.

**Ortsgruppe Weiden.**  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.  
München. Jeden Mittwoch, 20 Uhr, findet in der Augusten-Klasse, Baulstraße, 66, ein Vortrag mit anschließender Diskussion statt.  
Sympathisierende und Leser der „Komm. Arb.-Zeitung“ sind besonders eingeladen.  
KAP. AAU.

## Groß-Berlin

- Vorstandsankündigungen.**
- 3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplacustr. 24.
  - 6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Ottschneiderstraße 88.
  - 14. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Speisebecher, Heristr. 26.
  - 15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
  - 17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

21. Bezirk (Nowawes).  
Am Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokal Otto Leber, Wallstraße 62, eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat, Thema: Politische Lage. Alle Genossen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

## Sozialpolitik

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

per Post — frei Haus

Der Bestellschein ist als Drucksache oder per Bahn zu beschaffen für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Strasse:

Herabgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonath, Berlin O 17.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.  
Berlin, Juli 1930.  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.  
Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden natürlich nicht angenommen.

## Der Krach im Hitler-Lager — und sein politischer Hintergrund

Sie haben in Sachsen das Rennen noch gemacht, und hatten schon die Schwindsucht in den Knochen. Sie wählten sich schon vor den Toren des „Kritischen Reiches“ und entdeckten mit einem Male, daß viele unter ihnen nicht würdig sind in dasselbe einzutreten. „Die Sozialisten“ stehen gegen die „Nationalisten“ auf. — Du heiliger Strohsack!

Lassen wir sie selbst sprechen, diese „Sozialisten“: „Als Fundamentalsatz, aus dem revolutionären Charakter des Nationalsozialismus stand und steht für uns die Ablehnung jeder und jeder Coalition immer nur der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems dient, also des Systems der nationalen Einheit und der kapitalistischen Ausbeutung. Es erscheint uns nach dem Wesen des Nationalsozialismus und nach seiner Aufgabe: Durchführung der deutschen Revolution, einfach unmöglich, die Parole „Hinein in den Staat“ anzunehmen, die wir nach zwei Jahren dem Stahlhelm mit der ganzen Heftigkeit des revolutionären Willens bekämpft hatten.“

Der Entschluß der Parteilisten, in Thüringen eine Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien zu bilden, hat in uns daher am stärksten den Glauben erschüttert, daß unsere Auffassung vom Wesen und von der Aufgabe des Nationalsozialismus, wie sie zweifellos im Programm und in der bisherigen Agitation der Partei zum Ausdruck kam, noch aufrechtzuerhalten sei. —

Wir hielten und halten den Nationalsozialismus für die große Antithese des internationalen Kapitalismus, der die vom Marxismus geschändete Idee des Sozialismus als der Gemeinschaft einer Nation zugunsten dieser Nation durchführt und jenes System der Herrschaft des Geldes über die Arbeit bricht, das die Entfaltung der völkischen Seele und die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft zwangsläufig verhindert.

Für uns bedeutet Sozialismus Bedarfswirtschaft der Nation unter Ausschaltung der Gesamtheit der Schaffenden an Besitz, Leitung und Gewinn der ganzen Wirtschaft dieser Nation, d. h. also unter Brechung des Besitzmonopols des heutigen kapitalistischen Systems und vor allem unter Brechung des Leistungsmonopols, das heute an den Besitztitel gebunden ist. — Wir empfanden daher die immer verwachsener werdende Formulierung unseres sozialistischen Willens, die mehrfachen Abschwächungen, die man an den sozialistischen Forderungen des Programms vornahm, als ein Vergehen gegen Geist und Programm des Nationalsozialismus, wozu wir seit Jahren die sozialistischen Forderungen kraftvoll betonten.

Wir empfanden und empfanden den Nationalsozialismus demgemäß seiner ganzen Wesensheit nach als ebenso feindlich dem kapitalistischen Bürgertum wie dem internationalen Sozialismus und sehen seine Aufgabe in der Überwindung beider, ausgehend davon, daß im Marxismus an sich richtige Gefühle des Sozialismus gebunden ist an die falsche Lehre des liberalen Mechanismus und Internationalismus und im Bürgertum das an sich richtige Gefühl des Nationalismus gebunden ist an die falsche Lehre des liberalen Nationalismus und Kapitalismus und beide richtigen und wesentlichen Kräfte in dieser unseligen Verbindung unfruchtbar bleiben müssen für Nation und Geschichte.

Wir faßten und fassen den Nationalsozialismus als eine bewußt antihumanistische Bewegung auf, deren Nationalismus sich beschränkt auf Erhaltung und Sicherstellung des Lebens und Wachstums der deutschen Nation ohne irgendwelche Herrschaftsansprüche über andere Völker und Länder. Für uns war die Ablehnung des von internationalen Kapitalismus und von westlichem Imperialismus betriebenen Interventionskrieges gegen Rußland eine selbstverständliche Forderung, die sich ebenso aus unserer Idee wie aus den Notwendigkeiten einer deutschen Außenpolitik ergibt. Wir empfanden daher die immer offener für den Interventionskrieg eintretende Haltung der Parteilisten als der Idee widersprechend und den Erfordernissen einer deutschen Außenpolitik abträglich.

Die aus der Hitlerpartei hinausgeworfenen „revolutionären Sozialisten“ wollen eine Revolution. Ohne Kompromisse! Bedarfswirtschaft. Brechung des Besitzmonopols, jenes Systems der Herrschaft des Geldes über die Arbeit, ... daß der Entfaltung der völkischen Seele und die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft verhindert.“

Da hat vor vielen Jahrzehnten schon ein gewisser Karl Marx nachgewiesen, daß das Proletariat die ökonomische Sklaverei und damit auch die politische, nur zerbrechen kann, wenn es die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung, des solidarischen Klassenkampf niederreißt. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß der internationale Kapitalismus nur gestützt werden kann durch die internationale Solidarität des Proletariats. Und er hat nur theoretisch vorweg genommen, was seitdem immer wieder seine blühende Bestätigung fand: daß die Revolution in einem Lande steht und fällt mit der solidarischen Erhebung der Arbeiter in den anderen Ländern, weil die Weltbourgeoisie nicht ruhig zuseht, wie sie auf „völkische“ Weise erledigt werden soll.

Die „revolutionären Sozialisten“ sehen in der internationalen Arbeitersolidarität eine „Schändung des Sozialismus“. Dafür tauschen sie vom Bürgertum das „an sich richtige Gefühl des Nationalismus“ ein, indem sie den Sozialismus vom Internationalismus lösen und das im Bürgertum an sich richtige Gefühl des Nationalismus vom Kapitalismus, haben sie die „beiden richtigen und wesentlichen Kräfte“, die „große Antithese des internationalen Kapitalismus“.

So wird die „Revolution“ zu einer wahrhaft brüderlichen Angelegenheit. Man muß den Leuten, die auf ihrem Geldsack sitzen, nur zu zureden, und den Arbeitern beibringen, daß eine „deutsche“ Revolution eben eine rein deutsche Angelegenheit ist. Es bleibt ja in der Tat kein „Feind“ mehr übrig, wenn die „wesentlichen Kräfte vom Bürgertum und Proletariat“ losgelöst sind. Ein bisschen die „Ausländer“ vertreiben, die Juden totschießen, den Klassenkampf in Rassenkampf umbiegen, und die Revolution wird zu einer Stammabaugenlegenheit.

Unbegreiflich bleibt, wie diese „Sozialisten“ dem Hitler vorwerfen, daß er ihre „Grundsätze“ verrät. Sie selbst wollen dem Proletariat das Rückgrad brechen, indem sie die internationale Solidarität zerreißen, und es in den Kampf untereinander, Rasse gegen Rasse hetzen, was den Kampf gegen die „eigene“ Rasse, gegen die „deutsche“ Rasse notwendig ausschließt. Und dem Hitler werfen sie vor, daß er „Kompromiß- und Koalitionspolitik“ treibt, wo er doch wohl weiter nichts tut, als das „richtige Gefühl“ seiner bürgerlichen deutschen Stammesbrüder in brüderlicher Weise „loszubinden“. Nimmt man dann noch hinzu, daß dieser „Sozialismus“ in seiner Außenpolitik „antihumanistisch“ ist, und sich beschränkt (wunderbar schön ist das!) auf Erhaltung und Sicherstellung des Lebens und Wachstums! der deutschen Nation, so ist man wahrhaft gerührt über so viel Edeleut. Diese „deutsche Nation“ tut keiner Fliege

etwas. Sie will nur „leben“, und „wachsen“. Sie „will“. Sie will nicht „herrschen“, aber die anderen müssen eben auf ihr „Wachstum“ verzichten. Das sagte der Wilhelm auch. Er, der „Vorkämpfer für den Frieden“, dem es dann nicht „gelungen“ ist, dem „Volk“ den „Frieden“ zu „erhalten“. Der dann, was er einbrockte, nicht „gewollt“ hat. Daß die „revolutionären“ Hitlerianer um Strasser in der Tat zu den übelsten Mordparatieren gehören, hindert sie natürlich nicht ein wenig in Pazifismus zu machen.

Weil es immer schwerer wird, das Proletariat zu verwirren und zu täuschen. Alles, was diese Burschen die Sozialdemokratie vorbringen ist Demagogie. Die Sozialdemokratie hat gegen das revolutionäre Proletariat, als es ernsthaft daran ging, seine Fesseln zu zerschlagen, Fuß an Fuß mit diesem Gannem gestanden. Sie haben unter dem Kommando Moskes nach Herzlust Proletarier gemordet, haben sich als erbärmliche Knechte des Kapitalismus gut bezahlen lassen, haben Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und unzählige andere erprobte Führer des Proletariats wie Hunde erledigt, — und haben keinerlei Bewußtseinsbisse empfunden.

Die Hunde der Kapitalisten — sie haben heute eine andere Aufgabe zu erfüllen. Das Kapital duldet nicht, daß sich die Hitlerer zu einem Hindernis für die Politik des Kapitals auswächst. Hitler wurde zurückgepfiffen. Das Kapital regiert „demokratisch“, und seine Beamten haben — oder sie bekommen den Thron in Thüringen Sachsen machte die „Demokratie“ stutzig, in Thüringen ist man dabei „Ordnung“ zu schaffen. Da ist es Zeit, daß die Strasser und Buchruker diejenigen Proletarier, die den „Rückzug“ nicht mitmachen wollen, weil sie vom „dritten Reich“ träumen, auffangen, um sie so isolieren von dem Gros des Proletariats. Denn auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften üben keinerlei Anziehungskraft mehr aus.

Die Bourgeoisie versucht von neuem, das durch die Krise gepeitschte und hungernde Proletariat durch immer wieder dieselbe Taktik zu verwirren: Auf dem Boden des bürgerlich-parlamentarischen Betriebes neue „Ideen“ zu fabrizieren. Diese Methode hatte zur Folge, daß die Arbeiter aus dem Verrat der Sozialdemokratie nicht die klassenbedingten Lehren zogen, sondern dem „Nationalsozialismus“ zugeführt wurden. Die Masse der kleinbürgerlich denkenden Arbeiter schwankt von einer Partei in die andere, aber sie schwankt nur auf dem vorgeschriebenen Boden hin und her, denn auch die KPD, macht ihren Anhängern die Zugehörigkeit zum Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zur Pflicht, weil Rußland mit Hilfe des Weltkapitals an „seinem Sozialismus“ baut. So haben auch die Strasser und Co. ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie ist nicht leicht, ihr „Programm“ sieht aus wie ein Frühstück, daß schon einmal gegessen ist. — Es ist eben schwerer — wenn die Millionen Menschen verhungern lassen muß, die danach schreien, sich durch Arbeit vor dem Verhungern zu retten.

So konnte nichts anderes an „Wissenschaft“ herauskommen als ein Berg von Phrasen, die dennoch den Pferdefuß nicht verdecken können. Für den denkenden, klassenbewußten Arbeiter jedoch ein neuer Beweis dafür, auf welchem Niveau die Bourgeoisie herabsinken muß, um ihre Geldsackwirtschaft zu „idealisieren“. Auf ein Niveau, man könnte lächelnd den jämmerlichen Bankrott ihrer Wissenschaft konstataren — wenn die Dummfreiheit, mit der sie serviert wird, nicht immer von neuem aufreizen würde.

Die „Antwort“ darauf kann nur sein — das wissende Lachen des Proletariats über eine Klasse, deren